

Polizei konsumieren: Beobachtungen aus Kanada

GEORGE S. RIGAKOS

Im Juni 2006 geriet ich in eine merkwürdige Situation: Ich sollte als Experte für die private Sicherheitsfirma *Intelligarde* aussagen, die nach dem *Private Investigators and Security Guards Act* der kanadischen Provinz Ontario verklagt worden war. Merkwürdig deshalb, weil genau diese private Sicherheitsfirma Gegenstand eines sich kritisch verstehenden Buches war, das ich vor einigen Jahren geschrieben habe (Rigakos 2002). Dort habe ich unter anderem eine marxistische Analyse zur Verbreitung privater Sicherheitsfirmen und zur zunehmenden Kommodifizierung von Sicherheit in Kanada insgesamt unternommen. Ich war vom Gericht allerdings nicht angefragt, um den alarmierenden Trend der Privatisierung von Sicherheit, die aggressiven Taktiken von *Intelligarde* oder die politischen Konsequenzen der Abtretung des staatlichen Gewaltmonopols an kommerzielle Interessen zu kommentieren. Vielmehr war ich gebeten worden, das Gericht darüber aufzuklären, inwieweit die Begriffe »Parapolice« und »Law Enforcement Company« als allgemein gebräuchlich gelten können, denn das Gericht sollte entscheiden, ob die Verwendung dieser Begriffe durch die Firma gegen das oben genannte Gesetz verstießen. Privaten Sicherheitsfirmen ist es derzeit verboten, sich als Polizeiorganisationen darzustellen. Ich hegte zwar keinerlei Illusionen, in Kanada private oder öffentliche Kriminalpolitik vor Gericht stellen zu können, doch um allen Eventualitäten vorzubeugen, wurde vom Gericht der Inhalt meiner Aussage vorab eng umrissen, und ich wurde vom vorsitzenden Richter gewarnt, dies sei ein Gerichts-, kein Vorlesungssaal. Die in Rede stehenden Vorschriften Ontarios für das private Sicherheitsgewerbe und deren geplante Revision können aus meiner Sicht nur als Reaktion auf den Einfluss und die Arbeit von *Intelligarde* verstanden werden. Insofern erwies sich die Anhörung ein Test-

fall mit gemischten Ergebnissen: *Intelligarde* wurde in einem Anklagepunkt für schuldig befunden, allerdings spricht vieles dafür, dass das Urteil in der Berufungsinstanz aufgehoben werden wird.

Während ich die Plädoyers und schließlich den Urteilsspruch verfolgte, gelangte ich mehr und mehr zu der Überzeugung, dass in der kanadischen Kriminalpolitik die Trennung zwischen privat und öffentlich nur noch als symbolisch zu bezeichnen ist. Neu erlassene Gesetze, striktere Regulierungen, die Einführung weit reichender Durchsuchungs- und Überwachungsmöglichkeiten sowie eine klare Politik gegenüber Sicherheitsfirmen sind zwar deutliche Akte des Staates, die Stärke demonstrieren; sie können jedoch genauso gut als Aspekte einer Krise des Staates gelesen werden, dem zunehmend die zentrale Rolle bei der alltäglichen polizeilichen Bearbeitung seiner Bevölkerung abhanden kommt. Im genannten Gerichtsverfahren war *Intelligarde* nicht etwa wegen seiner routinemäßigen Anwendung von Gewalt, dem Einsatz von Wachhunden in Sozialwohnungsgebieten oder wegen seiner jedes Jahr in die Hunderte gehenden Verhaftungen und Platzverweise angeklagt. *Intelligarde* wurde auch nicht unter die Lupe genommen wegen der von der Firma unterhaltenen riesigen Datenbank, in der Torontos Lumpenproletariat gespeichert ist – nebst ihrer wenigen Habseligkeiten, Tätowierungen, weiteren besonderen Kennzeichen und Kleidung; eine Datenbank, die die inoffiziellen Schlafplätze von Torontos Obdachlosen enthält und dabei sowohl die Adresse des Gebäudes, die Etage und das Treppenhaus nennt – bis hin zur bevorzugten Drogen der betreffenden Person. Nichts von alledem wurde vorgebracht. Stattdessen ging es um die besondere Verwendung der Begriffe »Parapolice« und »Law Enforcement Company«. Dieser Fall machte mir klar, dass im Konkurrenzkampf zwischen privaten und öffentlichen Sicherheitsorganisationen um Selbstdarstellung und Marktpositionierung der Staat nun darauf bestand, eine symbolträchtige Aussage zu treffen.¹ Als ich nach meiner Anhörung im Gerichtssaal saß, erinnerte ich mich an einen Satz aus dem Schlusskapitel meines Buches:

»Wenn man, wie ich, glaubt, dass sich hier lediglich konkurrierende Sicherheitsorganisationen im Kampf um potentielle Märkte positionieren, dann empfindet man es kaum als sinnvoll, als Schiedsrichter zu fungieren. Es sind genau so viele Reformen bei der staatlichen Polizei nötig wie im privaten Sicherheitsgewerbe, vielleicht sogar mehr. Das ist nur ein Grund mehr, *Policing* als eine übergreifende Tätigkeit zu begreifen und entsprechend Reform

1 Es war die *Canadian Police Association*, die aktiv die Neuformulierung des Gesetzes gefordert hatte.

wie Revolution in diesem Bereich auf beide Akteure zu beziehen.« (Rigakos 2002: 157)

Nun aber war ich Schiedsrichter. Ich war gefragt, irgendwie die Grenze zwischen öffentlich und privat zu bestätigen oder zumindest das neue konzeptuelle Terrain. Als ich Ross McLeod, den virtuosen Unternehmer, früheren Soziologieprofessor und Präsidenten von *Intelligarde* fragte, warum er hunderte Kopien meines seinem Unternehmen gegenüber sehr kritischen Buches gekauft hatte, um sie an seine Kunden zu verschenken, und mich nun bat, als Experte auszusagen, lächelte er, legte mir die Hand auf die Schulter und antwortete:

»George, keiner meiner Klienten wird Ihr Buch lesen. Sie werden den Klappentext lesen und sich die Bilder ansehen. Sie werden sehen, dass wir im Buch eines Professors auftauchten, und sie werden sehen, dass wir sehr wohl als eine Polizeiorganisation gelten. Du hast das empirisch festgestellt. Dieses marxistische Zeug interessiert niemanden. Was Deine Aussage vor Gericht angeht, bitte ich Dich lediglich, zu wiederholen, was im Buch steht. Du hast da gesagt, die Trennlinie zwischen Privatem und Öffentlichem wird verwischt, Du betitelst Dein Buch ›The New Parapolice‹ und sprichst über mein Unternehmen, und Du sagst, der Begriff *Policing* sei allgegenwärtig.«

Dann lud er mich zum Mittagessen ein. Kapitalismus und die Kommodifizierung von Sicherheit, dachte ich, kreieren doch reichlich merkwürdige Bettgefährten. Es ist Torontos Arbeiterklasse im Sozialen Wohnungsbau, die die aggressiven Dienste von *Intelligarde* nachfragt, und *Intelligarde* spricht deren Mietervereinigungen an, damit diese ihnen Unterstützung gegen die öffentliche Kritik der *Ontario Coalition Against Poverty* (OCAP) gewähren. OCAP ist eine Organisation, die seit den 1990er Jahren eine Kampagne gegen *Intelligarde* führt. OCAP reichte u.a. Beschwerden gegen *Intelligarde* bei Torontos Polizei ein, die jedoch ignoriert wurden; nicht zuletzt, weil es zuvor Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und OCAP gegeben hatte, inklusive einer blutigen Demonstration im Queen's Park im Juni 2000. Letztendlich aber schloss sich die *Canadian Police Association* dann der Kritik an *Intelligarde* zu genau dem Zeitpunkt an, als sich die OCAP-Kampagne auf dem Höhepunkt befand. Und nun waren Ross und ich, zuvor Kontrahenten auf diversen Konferenzen, plötzlich Freunde und Verbündete.

Was hat nun all dies mit Kommodifizierung zu tun? Nun ja, Marx war wohl etwas voreilig, als er über den Produktivitätsbegriff innerhalb der klassischen Politischen Ökonomie spottete:

»Der Verbrecher produziert nicht nur Verbrechen, sondern auch das Strafrecht und damit auch den Professor, der Vorlesungen über das Strafrecht hält, und zudem das unvermeidliche Kompendium, worin dieser selbe Professor seine Vorträge als ›Ware‹ auf den allgemeinen Markt wirft.« (Marx 1973: 378, Hervorh. im Orig.)

Dies würde bedeuten, wie das auch Ross McLeod darstellt, dass mein Buch, meine Stellungnahme vor Gericht, all meine Vorträge (wie kritisch im Einzelnen auch immer), genau wie sein Unternehmen, schlicht Teil der Warenzirkulation wären. Die von kanadischen Konsumenten nachgefragte Sicherheit wäre danach lediglich ein weiterer Markt und all unsere Anstrengungen schlicht Waren mit Tauschwert. Zu meinem Glück zog Marx hier lediglich über die klassische Politische Ökonomie her. Er verfügte über ein weit ausgefeilteres Verständnis von Produktivität, das die untrennbare Verbindung des Konzepts mit der Erzeugung von Mehrwert einschließt.

Wenn ich also den Begriff Kommodifizierung benutze, dann meine ich damit den Zwang, die Früchte von Arbeitskraft in eine Ware mit Mehrwert zu verwandeln. Die Arbeit derer, die Waren erzeugen, kann bekanntermaßen dabei produktiv oder unproduktiv sein, wobei es sich um unproduktive Arbeit handelt, wenn aus ihr kein Mehrwert für den Kapitalisten gewonnen werden kann, selbst wenn die Ware einen Tauschwert besitzen mag. Polizeiarbeit ist daher unproduktive Arbeit, weil sie keinen Mehrwert für den Kapitalisten erzeugt. In der Tat ist auch private Sicherheitsarbeit unproduktiv, denn der Dienstleistungssektor erzeugt keinerlei greifbare Güter für den Tausch. Materielle Sicherheitsgüter jedoch erzeugen mit Sicherheit Mehrwert. Somit gibt es einen inhärenten Drang im Kapitalismus, alle Arbeitskraft in eine kommodifizierte Form zu überführen: Vom Live-Auftritt zum Kino und zur Videokassette bis zur Lunchbox und dem T-Shirt, vom Buchhalter mit Abakus zum Buchhaltungsunternehmen mit Taschenrechner und dann mit der Spezialsoftware für Steuerrecht, und schließlich von eigenen Sicherheitsleistungen zum Gebäudemanagement durch vertraglich fixierte Vereinbarungen mit privaten Sicherheitsdiensten und sodann zu Überwachungskameras und biometrischen Identifikationssystemen (Mandel 1975). Jeder dieser Schritte ist von dem Drang getragen, unproduktive Arbeit, die keinerlei materielle Ware erzeugt, *wenigstens symbolisch* in eine solche zu verwandeln, die dann Mehrwert in Form von materiellen Produkten mit Tauschwert erzeugt. Das nenne ich Kommodifizierung, und Kommodifizierung unterscheidet sich von Privatisierung, denn Privatisierung beschreibt lediglich die Verschiebung staatlicher Aktivitäten auf private Akteure. Dies kann einen Prozess der Kommodifizierung

beinhalten, muss es aber nicht generell (Kushnirsky/Stull 1989; Leadbeater 1985). Privatisierung bezieht sich auf politische Neuzuweisung, Kommodifizierung auf ökonomische Prozesse. Oft mögen sie dasselbe Phänomen beschreiben, in anderen Fällen aber tun sie es ganz deutlich nicht. Da ich den Begriff Kommodifizierung auch für solche Prozesse zulasse, die versuchen, Produktivität nachzuahmen, das jedoch nie wirklich erreichen (jedenfalls im Marxschen Sinne), könnte Polizeiarbeit zunehmend kommodifiziert werden, ohne privatisiert worden zu sein, oder auch privatisiert ohne kommodifiziert zu werden. Wenn staatliche Polizeiorganisationen wie die *Ontario Provincial Police* (OPP) versuchen, ihre Dienste zu verkaufen, durch Marketing, Angebote an Entscheidungsträger und konkurrierende Marktgebote, dann ist dies Kommodifizierung ohne Privatisierung. Wenn eine Nonprofit-Sicherheitsorganisation, wie beispielsweise das *Corps of Commissioners*, die Zuständigkeit für gewisse Bereiche der Flughafensicherheit von der Bundes- oder lokalen Polizei übernimmt, dann ist dies Privatisierung ohne Kommodifizierung.

Angesichts der Unmenge von »getauschten Unsicherheiten« im Spätkapitalismus tun wir besser daran, in ökonomischen Kategorien über Kommodifizierung statt über Privatisierung nachzudenken (Ewick 1993). Erstere verweist auf weit reichende Entwicklungen im Rahmen sich fortsetzender Entfremdung von Arbeit, sogar Sicherheitsarbeit, und sie zeugt von der Mystifizierung der Versorgung mit Sicherheit durch die Produktion von Tauschwaren. Ich denke, es ist theoretisch sinnvoller, Entwicklungen wie das exponentielle Wachstum der Verkaufszahlen von Alarmanlagen, Gasmasken, Panikräumen, Überwachungskameras und biometrischen Identifizierungssystemen als Teil der Kommodifizierung von Polizeiarbeit und Sicherheit zu verstehen. Es scheint mir auch so, als ob das Bestreben, Privatisierungstrends im Wohlfahrtsbereich, bei der Gesundheitsversorgung, in der Bildung und nun auch bei der Sicherheit umzukehren, mehr verschleiern als sie enthüllen. Macht es wirklich einen Unterschied, ob der Soziale Wohnungsbau von privatem Sicherheitspersonal oder spezialisierten staatlichen Polizeikräften kontrolliert wird? Geht es wirklich um politische Zuordnungen oder nicht doch eher um Effektivität, Effizienz, die Kosten pro Arbeitskraft (Rigakos 2000), die Vorgehensweise, Verantwortlichkeit, um *Community empowerment* und die generelle Herausforderung von demokratischer Polizeiarbeit im Spätkapitalismus? Diese Fragen mögen etwas mit dem privaten oder öffentlichen Charakter der Erbringung von Sicherheitsdienstleistungen zu tun haben – oder auch nicht (Rigakos 2006). Vielleicht ist es politisch am fortschrittlichsten, klarzumachen wie wenig Sinn die Trennung zwischen öffentlich und privat heutzutage noch hat.

Ich wende mich nun drei jüngeren Entwicklungen innerhalb der kanadischen Kriminalpolitik zu, um Kommodifizierung in der Praxis zu illustrieren: Erstens dem Anstieg dessen, was ich *Parapolicing* nenne, zweitens der neoliberalen Neustrukturierung und Regionalisierung von Polizeiarbeit und drittens dem Zusammenhang von Privatbesitz und der Entwicklung so genannter *Business Improvement Areas* (BIAs). Das erste Thema, wie bereits angedeutet, behandelt die Entwicklung privater Sicherheitsdienste, die sich routinemäßig mit der Überwachung angeblich kriminalitätsbelasteter Quartiere des Sozialen Wohnungsbaus beschäftigen – entsprechende Ermittlungen, notorische Platzverweise und Tausende von Verhaftungen inklusive. Das zweite Thema befasst sich mit der vermeintlichen Finanzkrise des Staates und deren Einfluss auf kommerzielle Sicherheitspolitik. Neoliberales Denken hat die staatlichen Polizeien derart beeinflusst, dass sich Polizei-Bürger-Beziehungen in Polizei-Kunden-Beziehungen verwandelt haben und staatliche Polizeien ihre Dienste mittlerweile in Konkurrenz zu privaten Sicherheitsdiensten an Stadtgemeinden verkaufen. Das dritte Thema schließlich beschäftigt sich damit, wie der Aufstieg von BIAs in Kanada Einfluss auf staatliche Polizeiarbeit genommen hat. Dazu diskutiere ich den symptomatischen Fall der Downtown Yonge Business Improvement Area (DYBIA), in der Torontos Polizei unter Vertrag genommen wurde, um privat bezahlte Patrouillendienste auf den Straßen durchzuführen.

Parapolicing

Das erste Beispiel für die Kommodifizierung von Polizeiarbeit in Kanada entstammt meiner Arbeit über den Sicherheitsdienst *Intelligarde*. Während es eine ganze Reihe von Aspekten des *Parapolicing* gibt, die einer Untersuchung würdig wären – insbesondere ihr aggressiver Arbeitsansatz, die Überwachung der Armen, die Nutzung ihrer Wachhunde etc. –, will ich mich darauf konzentrieren, wie eine private Sicherheitsfirma damit ringt, sich zu verkaufen, oder, mit anderen Worten, wie *Intelligarde* versucht, unproduktive Arbeit in Ware zu verwandeln (Rigakos 1999). Für *Intelligarde* wie für andere Unternehmen findet sich die Antwort auf diese Frage in der unauflöslichen Verbindung zwischen Sicherheit, Überwachung und Konsum auf einem Risikomarkt. Diese Verbindung wird dadurch erreicht, dass die Beschäftigten als Ware transparent und damit konsumierbar gemacht werden. Sicherheit wird in ein Tauschgut verwandelt. Dafür hat die Parapolizei ein System von Kontrollpunkten aufgebaut – eine bereits seit Jahren etablierte Praxis –, das als Leistungsnachweis und als Schnittstelle für den Verkauf fungiert.

Dieses an sich simple System funktioniert folgendermaßen: Zunächst wird das zu bewachende Objekt von *Intelligarde*-Managern besucht und dort eine Reihe von so genannten *Deister*-Streifen² an strategischen Punkten inner- und außerhalb der Einrichtung angebracht. Diese elektronischen Kontrollpunkte werden an einer Vielzahl von Objekten im privaten wie öffentlichen Raum angebracht – beispielsweise an den Innenseiten der Behälter von Feuerwehrschnäppchen, Türrahmen, Zugängen zum Dach, Säulen, den Rückseiten von Straßenschildern und Geländern und anderen Orten, die von Drogenabhängigen oder Obdachlosen frequentiert werden. Die Behälter von Feuerwehrschnäppchen beispielsweise werden häufig als Drogenverstecke genutzt – und das Sicherheitspersonal ist zudem dafür zuständig, Missbrauch oder Beschädigung von Löschmaterial zu melden, um die Versicherungskosten des betreffenden Unternehmens niedrig zu halten. Auf den Barcodes der *Deister*-Streifen sind Informationen gespeichert, die durch Lesegeräte aufgenommen und mit den geographischen Daten der zentralen Datenbank abgeglichen werden können. Jeder Mitarbeiter von *Intelligarde* trägt eine Scannerpistole, vergleichbar denen an Supermarktkassen. Wenn er auf Patrouille geht, scannt er die Barcodes ein und lässt sie nach seiner Rückkehr ins Hauptquartier von einem Computer auslesen. Demnächst kann man die eingescannte Information direkt übermitteln, und dann steht die telematische Information den Managern direkt zur Verfügung (Bogard 1996).

Die permanente Kontrolle der *Intelligarde*-Mitarbeiter und die Aufbereitung dieser Informationen für die Kunden haben sogar dazu geführt, dass jeder Außendienst-Mitarbeiter ein Set mit weiteren Kontrollstreifen mit sich führen muss. Dieser gebundene Minikatalog mit laminierten Barcodes, die unterschiedlichen Vorkommnissen oder Aufgaben entsprechen – von einer einfachen Mitteilung über die Anwesenheit am Objekt, der Meldung defekter Lampen oder verlassener Fahrzeuge bis hin zu spannenderen Aufgaben wie der Anforderung eines Fachmanns für ein technisches Problem oder auch eines Vorgesetzten, der Untersuchung von Drogendelikten, oder gar der Dokumentation einer Festnahme. Jeder zu dokumentierende Sachverhalt hat so sein kodiertes Gegenstück in Form eines *Intelligarde*-Kontrollstreifens und dient so den Mitarbeitern als Arbeitsnachweis und den Vorgesetzten als Kontrollinstrument. Bei wichtigen, elektronisch gemeldeten Vorfällen muss zusätzlich ein Bericht in Papierform eingereicht werden, der dann dem digital gemeldeten Vorfall zugeordnet wird. Ironischerweise gibt es

2 *Deister* ist ein Markenname solcher kommerziellen Checkpoint-Systeme.

sogar Kontrollstreifen für die Beschäftigten, die die Zeit für die Erstellung eines solchen Berichtes erfassen.

So entsteht eine Welt aus Satellitenproblemen und Satellitenangestellten – verwaltet durch die virtuelle Überwachung der Stadt dank Checkpoints und vordefinierter Ereignisse. Natürlich ist ein solches Systems niemals allumfassend und es entsteht leicht eine Art dialektischer Kontrolle, bei der die Mitarbeiter versuchen, die Überwachungsmethoden zu umgehen, und die Vorgesetzten bemüht sind, diese wieder durchzusetzen. So sind Scannerpistolen bereits in Wasser getaucht, fallen gelassen, kaputt geschlagen und gar in der Mikrowelle erhitzt worden. Einfache Sicherheitskräfte verbünden sich mit Schichtleitern und fälschen Berichte, um mehr Zeit für private Gespräche zu haben. So wird das System, in der Sprache des Sicherheitspersonals, »ghosted«. Aber auch die Manager reagieren mit immer ausgefeilteren Überwachungsmethoden, größerer Wachsamkeit und nicht zuletzt der Überwachung ihrer Fahrzeuge durch Global Positioning Systeme (GPS). Im Ergebnis bekommt der Kunde wahlweise täglich, wöchentlich oder monatlich eine Aufstellung der Bewegungen jedes einzelnen Sicherheitsmannes zur Durchsicht, mithin die akribische Darstellung der Komplexität von Sicherheitsarbeit. Die totale Transparenz des Mitarbeiters wird zum Verkaufsargument. Als schlagendes Beispiel dafür darf eine Ausschreibung im Rahmen des so genannten *Second-tier policing*³ in der neuen Gemeinde Quinte West⁴ gelten, an der sich *Intelligarde* beteiligte. *Intelligarde* versprach, sollten einzelne Geschäftsinhaber, Händler oder Hausbesitzer zusätzlichen Schutz wollen, könnten sie diesen direkt bei *Intelligarde* kaufen. Notwendig sei lediglich ein entsprechender Kontrollstreifen an Laden oder Haus, und »wenn wir nicht auftauchen, zahlen Sie auch nicht«, so Geschäftsführer Ross McLeod, »kann Ihnen das die staatliche Polizei bieten?«.

3 *Second-tier policing* bezeichnet die gemeinsame Sicherheitsarbeit von unterschiedlichen Sicherheitsagenturen; im britischen Programm *New Deal for Communities* arbeiten etwa Polizisten der *Metropolitan Police* mit den *Parks Constabulary Officers* zusammen; in Berlin gibt es gemeinsame Streifen von Landespolizei und Sicherheitskräften der BVG, der Berliner Verkehrsgesellschaft; ein anderes Beispiel sind gemeinsame Patrouillen der Bundespolizei mit dem Sicherheitsdienst der Deutschen Bahn AG (Anm. d. Hg.).

4 Die Stadt Quinte West, rund 43.000 Einwohner, entstand am 1. Januar 1998 durch den Zusammenschluss der Stadt Trenton, den Gemeinden Sidney und Murray sowie dem Dorf Frankford (Anm. d. Hg.).

Regionalisierung

Das folgende Beispiel illustriert, dass, obwohl Privatunternehmen bei der Produktion vermarktbarer Waren traditionell eine Führungsrolle einnehmen – speziell im Bereich der Sicherheit –, staatliche Polizeien in diesem Bereich mittlerweile ebenfalls stark engagiert sind, jedenfalls insoweit als wir Kommodifizierung als einen materiellen und symbolischen Prozess verstehen. Das beste Beispiel dafür sind Gesetzesänderungen in Kanada, die es den staatlichen Polizeien nun erlauben, bei öffentlichen Aufträgen untereinander in Wettbewerb zu treten. Diese neoliberalen Agenda hat sich bereits dramatisch auf die polizeiliche Arbeit, speziell in Ontario, ausgewirkt.

Im Verlauf der letzten 30 Jahre ist die Regionalisierung von Polizeiarbeit zu einem Mantra für Provinzregierungen geworden, die versuchen, Kosten auf die durch Gebietsreformen neu geschaffenen Regionen und Gemeinden abzuwälzen. Regionalisierung bezeichnet hier den Versuch der Zusammenlegung von Dörfern, Kleinstädten und Gemeinden zu größeren Regionen. Das Argument hierbei ist, dass durch Skalenökonomie viele bisher teure öffentliche Dienstleistungen, inklusive Polizeiarbeit, gemeinsam genutzt und preiswerter würden. Vor allem erlaubt die Zusammenlegung vieler kleiner Stadtgemeinden der Provinzregierung von Ontario, sich von bisherigen Vereinbarungen zur Kostenübernahme kommunaler Polizeidienste zu lösen. Neoliberaler Denken nach sollte keine Gebietskörperschaft kostenlos Leistungen erhalten. Wenn also größere Gemeinden wie Toronto die gesamten Kosten für den Unterhalt einer eigenen Polizei tragen, warum sollten dann Ontarios Steuerzahler kommunale Polizeidienste im Rest der Provinz subventionieren? Weiterhin wurde die Regionalisierung auch durch Argumente befördert, solche regionalen Polizeien seien kostengünstiger, effizienter, professioneller und würden Vetternwirtschaft verhindern sowie den Polizisten bessere Aufstiegschancen bieten. In Ontario wurden so zwischen 1962 bis 1996 insgesamt 153 Polizedistrikte zu elf regionalen Polizeien konsolidiert, die über 60 Prozent der Bevölkerung mit Sicherheitsdienstleistungen versorgen, ein Trend der unter der konservativen Regierung von Mike Harris in den 1990er Jahren noch beschleunigt wurde. Im Einklang mit ihren sonstigen weit reichenden neoliberalen Initiativen suchten die Konservativen nach Möglichkeiten, ihre finanziellen Verpflichtungen auf Kleinstädte und Gemeinden abzuwälzen, durch die Bill 105, eine Verordnung, die neue Regionen erschuf und die Kosten für Polizeiarbeit auf diese ablud. Wohl kaum überraschend verdreifachte die *Ontario Provincial Police* (OPP) nahezu die Zahl ihrer Verträge mit den Gemeinden innerhalb eines Zeitraumes von nur vier

Jahren (von 35 Verträgen 1998 auf 92 Verträge 2002). Was die Gemeinden bis dahin kostenlos oder zu stark reduzierten Preisen erhalten hatten, mussten sie nun voll bezahlen. In der Folge der rasenden Umstrukturierung der Stadtgemeinden durch die Bill 105, schaffte es die OPP im selben Zeitraum, die Zahl der Gemeinden, die sie bisher ohne Vertrag (sprich: kostenlos) versorgt hatte, von 576 auf 199 zu verringern (OPP 2003). Weiterhin ermöglichte die Provinzregierung den Gemeinden erstmals, innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches mehr als einen Polizeidienst unter Vertrag zu nehmen. Die folgende Bill 59 änderte den *Police Services Act* so, dass nun auch hybride Vereinbarungen erlaubt waren. Wiederum schien hier die OPP der hauptsächliche Nutznießer zu sein, denn nun war es ihr möglich, zusätzlich spezialisierte Dienste anzubieten, wie etwa Notfalleinsätze oder kriminaltechnische Untersuchungen. Für solcherart Dienste ist sie quasi auch prädestiniert, können doch die Gemeinden die Kosten solch spezialisierter Einrichtungen kaum tragen. Allein 2003 erhielt die OPP 24 Anfragen nach allgemeinen und zusätzlich 54 nach spezialisierten Polizeidiensten (OPP 2003).

Die Bundesregierung hat sich in Zusammenhang mit der *Royal Canadian Mounted Police* (RCMP), also der kanadischen Bundespolizei, seit geraumer Zeit einer ähnlichen Philosophie verschrieben, obwohl sie selbst keinerlei Gesetzeshoheit über Polizeidienste außerhalb der föderalen Territorien besitzt, diese vielmehr den Provinzen zustehen. Nichtsdestotrotz hat das Vorgehen des zuständigen Ministers einen graduellen Rückzug aus der bundesstaatlichen Finanzierung bei vertraglich geregelten Polizeidiensten bewirkt. Von 1928 bis 1966 zahlte die Bundesregierung noch 60 Prozent der Kosten für die Polizei auf lokaler und Provinzebene. 1990 war dieser Anteil bereits auf 30 Prozent gefallen und sinkt seitdem um ein bis zwei Prozent pro Jahr. Das langfristige Ziel bei vertraglich mit der RCMP geregelter Polizeiarbeit ist eine hundertprozentige Kostendeckung. Jegliche Ausweitung von Dienstleistungen muss kostenneutral für die Bundesregierung sein. 1997 hatte die RCMP 196 Verträge mit Gemeinden in ganz Kanada abgeschlossen; ohne Ontario und Quebec, die ihre eigenen regionalen Dienste unterhalten. Bis 2002 ergänzte die RCMP die Verträge um weitere fünf in Britisch Columbia, so dass die Zahl auf insgesamt 201 anwuchs. Wenig überraschend stieg damit im selben Zeitraum auch der kommunale Anteil an den Gesamtausgaben der RCMP in British Columbia von 82,4 auf 87,2 Prozent (Canadian Centre for Justice Statistics 1998: 18, 2003: 23).

Der finanzielle Anreiz für die Bundes- wie Provinzregierungen, ihre Verantwortlichkeiten im Sicherheitsbereich an »lokale« Regionen und Gemeinden zu überführen ist relativ nachvollziehbar, aber selbst in Kreisen des Polizeimanagements hatte die Idee der Regionalisierung seit

den 1970er Jahren Fuß gefasst. Der Druck, mehr Verträge zu organisieren, und die stärkere Konkurrenz zwischen den Provinzpolizeien hatte die Einführung neuer Polizeidienste für Dörfer und Kleinstädte (*village and township policing*) und teilweise auch fragwürdige Praktiken bei der Kundenanwerbung zur Folge. So musste die Vertragsabteilung der *Ontario Provincial Police* von ihrem Direktor gemahnt werden, nachdem einige ihrer Beschäftigten beschuldigt worden waren, Essenseinladungen an Entscheidungsträger vergeben zu haben, um so an Verträge zu kommen. Sie fungierten damit quasi als Verkaufspersonal, dass potentielle Kunden mit zusätzlichen Annehmlichkeiten köderte – ein im Prozess der Kommodifizierung von Polizeiarbeit wohl unausweichlicher Prozess.

Bereits jetzt beobachten wir den Beginn von etwas ganz Neuem in der Geschichte kanadischer Sicherheitspolitik: Die Einladung an das private Sicherheitsgewerbe, in Wettbewerb mit der OPP und anderen regionalen Polizeien zu treten und Gebote für die Übernahme von Sicherheitsdienstleistungen abzugeben, wie es in der neuen Gemeinde Quinte West bereits geschehen ist. Der Neoliberalismus ist mithin bei der Verwandlung von gemeindlichen und bürgerschaftlichen Bedürfnissen in Kundennachfrage erfolgreich. Möglich wird das aber erst, wenn die Verantwortlichen in der Polizei die Vorstellung akzeptieren, dass der Staat Polizeiarbeit als Ware verkaufen soll, und dass staatliche Polizeien ihr Dasein ähnlich legitimieren müssten wie private Unternehmen – auch wenn auf der Hand liegt, dass das keinesfalls so sein muss.

Business Improvement Areas

Mein drittes Beispiel für Kommodifizierung in Kanada bezieht sich auf die Geographie von Sicherheit, hier speziell auf den Einfluss von so genannten *Business Improvement Associations* (BIAs). Ein zunehmend international und kosmopolitisch ausgerichtetes Konsumdenken (Hardt/Negri 2001) und ein »touristischer Blick« (Urry 2002) haben das Innere der Einkaufszentren zunehmend nach außen gekehrt. Unter der Überschrift von »Verschönerung« und »Sicherheit« der Städte patrouillieren, je nach Gusto austauschbar, öffentliche, private oder auch quasi-öffentliche Sicherheitsdienste zwischen den Geschäften auf öffentlichem Straßenland. Dem auf dem New Yorker Times Square unbewaffnet patrouillierenden staatlichen Sicherheitspersonal wird beispielsweise zugeschrieben, einen wesentlichen Anteil am Rückgang der Gewaltverbrechen zu haben (Times Square BID 2003). Es scheint, dass die Gründungsrhetorik von BIAs fast immer gleich ist, nämlich: es gibt die

»Notwendigkeit für mehr Sicherheit und Ordnung«, weil man das jeweilige Gebiet in ein »Weltklasse-Zentrum« verwandeln will. Dieser Prozess lässt sich meiner Ansicht nach theoretisch in den Kontext einer Verbindung von Globalisierung und Sicherheitspolitik stellen und damit als ein genereller Prozess von Kommodifizierung verstehen (Loader 1999; Neocleous 2000; Rigakos 2002). Während BIAs gegründet werden, um die Interessen der Einzelhändler zu bedienen, spricht Torontos offizielles Marketing für die eigene *Business Improvement Area* von weitaus mehr; namentlich davon, dass BIAs außerdem »einen entscheidenden Einfluss auf die umliegenden Stadtgebiete haben und als wirtschaftlicher wie sozialer Anker [dienen], der die lokale Community stabilisiert und belebt« (TABIA 2006).

Downtown Yonge BIA (DYBIA) ist die geschäftigste BIA in Toronto und umfasst die sich kreuzenden Straßen Yonge und Dundas, das Einkaufszentrum Eaton Centre und den Yonge-Dundas Square. Die BIA enthält mehr als 600 Geschäfte, 150 Restaurants und Bars sowie sieben Hotels und stellt damit praktisch Torontos Times Square dar. Besonders bedeutsam ist, dass in dieser BIA Torontos Polizei in jüngster Zeit Dienste zur Verfügung gestellt hat, die im Grunde als Aufgaben privater Sicherheitsdienste gelten könnten: Patrouillieren, Kontaktaufnahme, Verhinderung geschäftlicher Einbußen und das Verscheuchen unerwünschter Personen, die Kunden stören könnten. Ein weiteres Beispiel für die zunehmende Kommodifizierung von Polizeiarbeit durch BIAs ist der Sachverhalt, dass die von den Geschäftsleuten bezahlten Polizisten, die in Downtown Yonge patrouillieren, nun so genannte *Patrol Activity Sheets* (PAS) bei ihrem privaten Vorgesetzten einreichen müssen (Gavendo 2006: 5, 60-61, 90-108). Diese Prüfprotokolle umfassen eine Aufgabenbeschreibung und einen Tätigkeitsbericht. In den Protokollen werden nicht nur alle polizeilichen Aktivitäten wie Festnahmen, ausgestellte Bußgeldbescheide und gesammelte Informationen festgehalten, sondern sie enthalten auch Anweisungen für die Polizisten, welche Orte sie auf ihren Route anlaufen müssen; über ihre Kontakte dort müssen sie sodann einen Bericht abgeben. Die Verwalter der DYBIA haben zudem eine Datenbank angelegt, die jedem Polizisten auf Patrouille Besuche bei bestimmten Händlern zuweist. Aus den Worten des zuständigen Polizeimanagers für den Vertrag mit der DYBIA geht hervor, wie dieser Kommodifizierungsimpuls entstand:

»Das ganze kam nicht von Torontos Polizei, was für mich auch kein Problem darstellt. Es wurde von der BIA selbst entwickelt. Angesichts des Fehlens jeglicher Statistiken darüber, was die Polizisten auf ihren Patrouillen tun, fragten wir uns, wie wir eigentlich die Effekte einer von uns Anweisungen

erhaltenden Patrouille messen und wie wir so etwas verwalten könnten. Die BIA ist natürlich mehr auf das Geschäftliche ausgerichtet und muss daher Resultate sehen. Policing hat ja meist nichts Greifbares, außer dass man ab und an einen Polizisten an der Ecke stehen sieht. Die Anwesenheit dieses Polizisten mag eventuell etwas verhindert haben, aber die BIA wollte etwas Handfestes, sie wollten Messbarkeit. Denn was nicht messbar sei, wird nicht getan. Die BIA musste einfach in der Lage sein, ihren Kunden Antworten zu geben. Tatsächlich könnte ein Polizist 20 Geschäfte besuchen, aber sie wollen, dass fünf bestimmte aufgesucht werden, und darüber wollen sie von dem Polizisten Rechenschaft abgelegt bekommen. Die BIA wollte sicher sein, dass sie für ihr Geld bekommt, was sie braucht und mehr als vom Konkurrenten⁵.« (Gavendo 2006: 91)

Das erste Mal in der Geschichte Kanadas führt staatliche Polizei im Auftrag der Privatwirtschaft Patrouillen im öffentlichen Raum durch, berücksichtigt Kundenwünsche und liefert dann auch noch Arbeitsberichte ab, damit sie bezahlt wird. Tatsächlich beinhalten die PAS den Hinweis, dass die Polizisten ohne Ablieferung des Berichts nicht bezahlt werden. Gefragt, ob die PAS ihre Arbeit verändert haben, gaben die Polizisten unterschiedliche Antworten. Einer antwortete beispielsweise, »natürlich tun sie das, wie sonst könnte man noch beweisen, dass man überhaupt etwas getan hat« (Gavendo 2006: 93). Ein anderer, der ganz offensichtlich den tieferen Sinn der PAS verstanden hatte, beschwerte sich, »so ein Zettel, der mir sagt, unsere Arbeit ist dazu gedacht, den Tourismus anzukurbeln, gibt mir das Gefühl, ein Instrument für Geschäftsinteressen zu sein.« (Gavendo 2006: 93-94).

Ich denke daher, die beste Art, diese Betrachtung abzuschließen, ist eine analytische Bemerkung zu und ein politisches Ereifern über Kommodifizierung. Wenn wir uns diese drei Beispiele für Polizeiarbeit in Kanada ansehen, dann sind meines Erachtens die wirtschaftlichen Mechanismen, die diese Trends befördern, ganz in den Vordergrund zu stellen. Der Begriff der Privatisierung ist keine besonders überzeugende Beschreibung des Phänomens. Anders der der Kommodifizierung, nicht zuletzt weil Kommodifizierung auch das erfasst, was sich innerhalb der öffentlichen und privaten Sektoren ändert anstatt lediglich zwischen ihnen. Im marxistischen Sinne ist Kommodifizierung sowohl ein Prozess als auch eine Kritik. Sie verlangt ein genaues Wissen darüber, wie Arbeit in produktive Aktivität verwandelt wird und wie etwas, das ursprünglich keinerlei Tauschwert hatte, diesen im historischen Prozess erwirbt; schließlich ist zu klären, wie das politische Umetikettieren im Rahmen der Privatisierung eine kapitalistische Agenda nicht nur mate-

5 Im Englischen schöner: »getting the bang for their buck« (Anm. d. Hg.).

riell sondern auch symbolisch aufwertet. Für mich handelt es sich hierbei um den spätkapitalistischen Drang, alles zu kommodifizieren. Es geht darum, der gesamten Gesellschaft die Möglichkeit zum Konsum zu eröffnen, ob nun in materieller oder ästhetischer Hinsicht. In einer Gesellschaft des Spektakels können jedoch die sozialen Kosten einer solchen Politik vernichtend sein, woran uns Debord erinnert, wenn er schreibt:

»In diesen fortgeschrittenen Zonen wird der gesellschaftliche Raum durch eine ununterbrochene Übereinanderlagerung geologischer Warenenschichten überschwemmt. [...] neben der entfremdeten Produktion [wird der] entfremdete Konsum zu einer zusätzlichen Pflicht für die Massen.« (Debord 1995: 42)

Bei einer solchen Atomisierung und Individualisierung wie sie von solcherart Entfremdung und Angst ausgeht, lässt sich Abhilfe allein durch den Erwerb von noch mehr Sicherheit schaffen. Dies führt zum Zurschausstellen, zur Distinktion (Bourdieu 1984), zur Abschottung und ist in sich unsozial. *Dieses Spektakel*, das die Stadt zu unserem Sehvergnügen symbolisch reinigt, sie aufräumt und schrubbtt mit seinen »Sozialen Maschinen« (Bogard 2000), scheint überall koordiniert von nahtlosen Rhythmen der (Un-)Sicherheit. *Dieses Spektakel* der Sicherheit, das die Massen durch urbane Ventile des Schauens treibt, entfremdet von ihrer eigenen Produktion durch die Überhöhung des Symbolischen und die Fetischisierung des Oberflächlichen. Es scheint uns überall zum Kaufen anzuhalten, indem es uns sagt, dass Konsum jetzt sicher sei, und indem es uns an unsere patriotische Pflicht erinnert, zu konsumieren. *Dieses Spektakel*, das uns von der Natur und den Früchten menschlicher Arbeit trennt, erschafft letztendlich »die einsame Masse« (Debord 1994: 17), die Erfüllung allein darin findet, Dinge anzuhäufen so wie sie dargeboten werden, ohne Sinn für die in sich widersprüchliche Natur so genannter *privater* Sicherheit, einer Masse, die sowohl das eigene Selbst wie Sicherheit (Giddens 1991) nur noch durch ihren ästhetischen Konsum versteht, durch deren Kommodifizierung.

(aus dem kanadischen Englisch von Volker Eick und Tim Kremser)

Literatur

- Bogard, William (1996): *The Simulation of Surveillance. Hypercontrol in Telematic Societies*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bogard, William (2000): Smoothing Machines and the Constitution of Society. In: *Cultural Studies* 14 (2), S. 269-294.
- Bourdieu, Pierre (1984/1979): *Distinction. A Social Critique of the Judgement Taste*. Cambridge Mass.: Harvard University Press.
- Canadian Centre for Justice Statistics (2003): *Police Resources in Canada, 2003*. Ottawa: Statistics Canada, Nr. 85-225.
- Canadian Centre for Justice Statistics (1998): *Police Personnel and Resources in Canada – 1997 and 1998*. Ottawa: Statistics Canada, Nr. 85F0019.
- Debord, Guy (1995/1967): *Society of the Spectacle*. New York: Zone Books.
- Ewick, Patricia (1993): Corporate Cures. The Commodification of Social Control. In: *Studies in Law, Politics, and Society* 13, S. 137-157.
- Gavendo, Michael (2006): *Toronto Public Policing For Hire. The Effects of Commodification of Policing Services in the Downtown Yonge Business Improvement Area*. Ottawa: Carleton University (Masters Thesis).
- Giddens, Anthony (1991): *Modernity and Self-Identity. Self and Society in the Late Modern Age*. Cambridge: Polity Press.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2001): *Empire*. Cambridge Mass.: Harvard University Press.
- Kushnirsky, Fyodor I./Stull, William J. (1989): Productive and Unproductive Labour. Smith, Marx, and the Soviets. In: Walker, Donald A. (Hg.): *Perspectives on the History of Economic Thought*. Aldershot: Gower.
- Leadbeater, David (1985): The Consistency of Marx's Categories of Productive and Unproductive Labour. In: *History of Political Economy* 17, S. 591-618.
- Loader, Ian (1999): Consumer Culture and the Commodification of Policing and Security. In: *Sociology* 33, S. 373-92.
- Mandel, Ernest (1975): *Late Capitalism*. London: NLB.
- Marx, Karl (1973/1857): *Grundrisse. Foundation of the Critique of Political Economy*. New York: Penguin.
- Neocleous, Mark (2000): *The Fabrication of Social Order. A Critical Theory of Police Power*. London: Pluto Press.
- OPP (2003): *2003 Provincial Business Plan*. Orillia/OT: Ontario Provincial Police.

- Rigakos, George S. (1999): Hyperpanoptics as Commodity. The Case of the Parapolice. In: *Canadian Journal of Sociology* 23, S. 381-409.
- Rigakos, George S. (2000): The Significance of Economic Trends for the Future of Police and Security. In: Richardson, Jane (Hg.): *Police and Security. What the Future Holds*. Ottawa: Canadian Association of Chiefs of Police, S. 176-179.
- Rigakos, George S. (2002): *The New Parapolice. Risk Markets and Commodified Social Control*. Toronto: University of Toronto Press.
- Rigakos, George S. (2006): Beyond Public-Private. Toward a New Typology of Policing. In: Cooley, Dennis (Hg.): *Re-Imagining Policing in Canada*. Toronto: University of Toronto Press, S. 260-319.
- TABIA (2006): *Toronto Association of Business Improvement Areas*. Unter: <http://www.toronto-bia.com> [19.5.2006].
- Times Square BID (2003): *Indicator Report, Qrt 2, 2003*. New York: Times Square BID.
- Urry, John (2002/1990): *The Tourist Gaze*. London: Sage.